

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 11. Oktober 1902.

№ 119.

Zur Arbeitslosenversicherung.*

Dieses Kapitel hat die verschiedensten Entwicklungsphasen in Theorie und Praxis innerhalb der Arbeiterschaft durchgemacht. Das Urteil über den Wert dieser Versicherungseinrichtung ist allzeit ein geteiltes gewesen. Während die einen sie als ein vorzügliches gewerkschaftliches Agitationsmittel, ja als die Voraussetzung aller gewerkschaftlichen Tätigkeit überhaupt propagierten, spieen andere wieder Gift und Galle gegen die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung, die im Klassenkampfe der Arbeiter als reaktionäres Hemmnis bekämpft werden müsse. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß bei den maßgebenden Gewerkschaftsorganisationen über den Nutzen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung gegenteilige Meinungen nicht mehr bestehen.

Heute ist diese Frage in ein neues Stadium getreten. War die Frage bisher im Allgemeinen so gestellt: Ist die Einführung der Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften für diese nützlich oder schädlich? ist heute die Frage aufgerollt: Gewerkschaftliche oder staatliche Arbeitslosenversicherung! Wenn auch dabei einzelne Unterfragen aufgestellt sind, im wesentlichen läuft es auf eine Entscheidung der angegebenen Fragestellung hinaus. Seit Beginn dieses Jahres sind Ströme von Tinte in der Neuen Zeit, in den sozialistischen Monatsheften, im Korrespondenzblatt und in der sozialdemokratischen Parteipresse geflossen und ungezählte Reden sind dem genannten Zwecke gewidmet worden, ohne daß gesagt werden könnte, die beteiligten Kreise wären einer Übereinstimmung in dieser Frage näher gekommen, ja nicht einmal die einzelnen Gruppen haben unter sich eine volle Verständigung erzielen können. Einstimmigkeit herrscht nur darin, daß es ein selten schwieriges Gebiet ist, das um so größere Hindernisse entwidelt, je eingehender man sich mit ihm beschäftigt.

Zwei Etappen kennzeichnen mit aller Schärfe die gegenwärtige Stellung der Arbeiter in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Diese Etappen heißen Stuttgart und München. Einmal ist es der vierte deutsche Gewerkschaftskongress, der sich auf den Standpunkt der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung mit Staatszuschuß stellte, und das andre Mal ist es der sozialdemokratische Parteitag, der glatt die staatliche Arbeitslosenversicherung bevorzugt wissen wollte, oder, wie die Leipziger Volkszeitung in einer sophistischen Artikelserie in dieser Frage sagte: „nun soll sie offiziell von der Sozialdemokratie formuliert und in ihr praktisches Reformprogramm aufgenommen werden“. Glücklicherweise hat aber der Parteitag keinen im Gegenjage zu der Stuttgarter Tagung stehenden Beschluß gefaßt, sonst wäre zu befürchten, daß auf Jahre hinaus die maßgebende Behandlung dieser Lebensfrage für die Gewerkschaften den Händen der

mit praktischen Erfahrungen ausgerüsteten Fachleute entgleiten und ihre weitere bestimmende Behandlung auf das tote Geleise unfruchtbarer Theoretisiererei geschoben würde. Wir betrachten die Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften durchaus nicht als ein „Reservatrecht der Gewerkschaften“, wie Mollenhuth in seinem Artikel in der Neuen Zeit den „meisten Gegnern der öffentlichen Arbeitslosenversicherung“ unterschiebt, so wenig wie wir die Vertretung von Arbeiterinteressen durch die Sozialdemokratie als ein Reservatrecht dieser Partei anerkennen; um was es sich hierbei handelt, ist, daß, wie v. Elm im Korrespondenzblatt sehr treffend sagt, „sich einem derartigen Reichsgesetze die Gewerkschaften ohne weiteres fügen müßten, während dieselben andererseits etwaige ihnen unbenommene Bedingungen, welche an die Gewährung eines Reichszuschusses zu der von den Gewerkschaften gezahlten Arbeitslosenversicherung geknüpft würden, jederzeit abzulehnen in der Lage wären.“ Den Gewerkschaften muß aber, und das nicht aus selbstlichen Gründen, die vollste Bewegungsfreiheit erobert bzw. gesichert bleiben. Nicht als ob wir — nach berühmten Mustern — der Sozialdemokratie das Beschäftigen mit dieser Frage verbieten möchten, aber alle die ausschließlichen Parteitagatoren und alle die parteigenösslichen Akademiker stehen viel zu wenig mitten im gewerkschaftlichen Leben, um hier mehr tun zu können, als dem sachgemäßen Urteile der Gewerkschaften zu vertrauen. Damit werden zwar die Genossen sich nicht begnügen wollen, wenn sie aber der Sache erst einmal näher auf den Leib gerückt sind, wird der Feuerifer für die staatliche Arbeitslosenversicherung schon etwas gedämpft werden. Im übrigen hat es uns daß verwundert, daß man auf einmal in der sozialdemokratischen Partei für die Arbeitslosenversicherung so ins Zeug geht und zwar, was für uns gar nicht verwunderlich ist, im Gegenjage zu den Beschlüssen der Gewerkschaften. Bisher war zu beobachten gewesen, daß gerade aus radikalen Arbeiterkreisen die Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften am schärfsten bekämpft wurde und so mag wohl Taktik darin liegen, in einer angeblichen Förderung dieses Versicherungszweiges die Gewerkschaften in einer nachhaltigen Agitation für die Einrichtung und den Ausbau desselben innerlich lahm zu legen. Die fadencheinigsten Gründe werden hervorgeholt und mit widerlicher Silbenstecherei wird nachzuweisen versucht, daß die Arbeitslosenversicherung im Sinne der Stuttgarter Beschlüsse gewerkschaftlicher Selbstmord wäre. Man läßt die „subventionierte Gewerkschaft“ neben der subventionierten Zeitung aufmarschieren und prognostiziert ihnen in unendlicher niedriger Weise die Entwicklung zu den „gelben Gewerkschaften“, man macht vor der „hoffnungslosen Utopie“ der Stuttgarter Beschlüsse gruselig an allen Ecken und Enden, man bezeichnet die Leistungen der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung überhaupt als „Kraftvergeudung“, welche Tätigkeit geeignet sei, „den Blick der Massen zu trüben und ihn von dem eigentlichen Ziele abzulenken“, man „kizelt“ die Gewerkschaften, daß sie sich doch vor der öffentlichen

Arbeitslosenversicherung nicht zu fürchten hätten und sucht auf diese Weise den Gedanken zu erlöten, der bei den Stuttgarter Verhandlungen vielleicht formell nicht genügend herausgearbeitet, aber trotzdem unstrittig richtig ist. Wir können das Empfinden nicht los werden, daß in Parteikreisen die Befürchtung besteht, der praktische Erfolg einer nachhaltigen Agitation für die Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften und die damit für sie verknüpfte höhere Verantwortlichkeit mache die Gewerkschaften immer unfähiger, den „innigen Zusammenhang“ mit der Sozialdemokratie ostentativ zu bekunden. So, wie in München empfohlen, schneidet man aber in einer für das Lebensinteresse der Gewerkschaften hochwichtigen Frage diesen eben den Lebensfaden ab — und vermeidet dabei doch jeglichen Konflikt. Zum mindesten aber trägt man Unsicherheit und Zweifel in die Gewerkschaften — und hat auf diese Weise wieder auf Jahre hinaus seinen Acker bestellt. Bezeichnend ist es allerdings im höchsten Grade, wie bereits Kollege W. K. in seinem Artikel festgestellt, daß außer v. Elm keiner der auf dem Parteitag anwesenden hervorragenden Gewerkschaftsführer den Mut fand, für die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses einzutreten. Da lasse man doch lieber die Kongressspielerei, denn auf etwas mehr läuft sie dann ja nicht hinaus, wenn irgend ein Parteitag die Beschlüsse der Gewerkschaften zu verwerfen oder zu sanktionieren sich herausnehmen darf.

Der von Parteiseite geltend gemachte Grundsaß, daß es sich bei der Arbeitslosenversicherung nicht um eine radikale Beseitigung der Arbeitslosigkeit, sondern nur um eine Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not handeln kann, rennt offene Türen ein. Bestreiten müssen wir aber, daß die Arbeitslosenversicherung nicht ein Mittel sein kann, die Arbeitslosigkeit zu beschränken. Weniger unmittelbar als mittelbar. So wenig die Gewerkschaften die kapitalistische Produktionsweise beseitigen, so wenig kann die Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosigkeit aus der Welt schaffen, aber niemand wird bestreiten können, daß die geistige und materielle Hebung der Arbeiter, ihr Einfluß im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben doch nur den Gewerkschaften zu danken ist, daß somit auch das Gebiet der Arbeitslosenversicherung zweckentsprechend zu bearbeiten die Arbeiter vorwärts bringen heißt und daß sie ein weiteres Mittel sein wird zur Erreichung des Zieles, das wir alle erstreben.

Es haben sich nun, wie gesagt, zwei Richtungen herausgebildet bezüglich einer weiteren Propagierung der Arbeitslosenversicherung. Gewerkschaftliche oder staatliche Arbeitslosenversicherung ist die Frage. Nach unserm Empfinden nicht ganz mit Recht, denn auch der Stuttgarter Kongress stand ausdrücklich und prinzipiell (siehe Protokoll Seite 188) auf dem Standpunkte, daß der Staat, die Gesellschaft, die Pflicht hat, dem Glende der Arbeitslosigkeit zu steuern. Ein Gewerkschaftskongress hat aber auch die Pflicht, derartig wichtige Fragen vom Standpunkte der derzeitigen Entwicklung aus zu prüfen, deshalb konnte er die vor-

* Diesen Artikel hatten wir gerade unter der Feder, als der in Nr. 118 veröffentlichte Artikel unsers Magdeburger Fremdes einging. Wir glauben, unsre Meinung in dieser wichtigen Frage ergänzend den Ausführungen des Kollegen W. K. anschließen zu dürfen.

handenen Grundlagen nicht perhorreszieren, sondern war zu ihrer praktischen Anerkennung gezwungen.

Wie in allen gewerkschaftlichen Fragen ist es auch hier eine solche der Taktik, zu untersuchen, was das Notwendigste und Nächstliegende ist. Und da kann nun einmal alles nichts helfen: Von den Gewerkschaften führt der Weg hinüber zur staatlichen Arbeitslosenversicherung, nicht umgekehrt, und von dem Grade der Entwicklung dieser Einrichtung in den Gewerkschaften ist es abhängig, wie und wann eine staatliche Arbeitslosenversicherung in Deutschland eingeführt werden kann. In Parteikreisen scheint man aber bei dieser Frage mehr Rücksicht auf das Partei- als auf das Arbeiterinteresse zu nehmen. So schreibt wenigstens die Leipziger Volkszeitung:

„Wenn wir uns für eine allgemeine staatliche Arbeitslosenversicherung erklären, so vor allem deshalb, weil sie uns als ein Mittel erscheint, den heutigen Staat zu einem offiziellen Geständnisse seiner Verantwortlichkeit und zugleich seiner Ohnmacht gegenüber der schlimmsten Geißel der Arbeiterklasse zu zwingen und die Frage der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt des ständigen öffentlichen Interesses und der öffentlichen Tätigkeit zu rücken, weil die öffentliche Arbeitslosenversicherung, gleichzeitig mit einer wenn auch minimalen Binderung des äußersten Elends, die Aufreizung breiter Volksschichten gegen die bestehende Ordnung zur unausbleiblichen Wirkung haben würde.“

Dieser programmatische Standpunkt gegenüber einer staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung dürfte in Parteikreisen leider nicht allein stehen. Wir gehen aber wohl nicht fehl, wenn wir behaupten, daß in Arbeiterkreisen auf diese Weise die Arbeitslosenversicherung zu propagieren das denkbar Beste wäre. Eine derartige „Begründung“ ist in hervorragendem Maße dazu angetan, die Regierung in Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung aufs Schwerste herauszufordern und einzig und allein zum Schaden der Arbeiter. Diese Frage ist nun einmal keine Partei-, sondern eine Arbeiterfrage und müssen sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dafür bedanken, irgend welchen parteigenösslichen Prinzipienweitem zuzuliebe eine ihrer wichtigsten Lebensarbeiten zerstört zu sehen. Dabei halten wir immer noch aufrecht, daß die Vorbedingungen für eine staatliche Arbeitslosenversicherung noch nicht gegeben sind. Diese Vorbedingungen zu erfüllen ist eben die dringlichste Aufgabe der Gewerkschaften. Damit ist zurzeit für uns die staatliche Arbeitslosenversicherung abgetan und bis zur Erreichung des in Stuttgart gesteckten Zieles ist ebenfalls noch ein weiter Weg, der nur durch eine intensive Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiete abgeklirrt werden kann.

Und dann darf nicht vergessen werden, daß, wie die Dinge heute liegen, neben den prinzipiellen schon aus rein praktischen und versicherungstechnischen Gründen eine staatliche Arbeitslosen-Unterstützung ohne die maßgebende Mitwirkung der Gewerkschaften nicht denkbar ist. Sonst besteht die ernsthafteste Gefahr, daß wir die staatliche Arbeitslosen-Unterstützung eintauschen gegen eine gesteigerte Unfreiheit der Arbeiter und gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Wir würden der Bürokratie die Gewalt in die Hände geben, Lohnbrücker im großen zu züchten, oder wir würden die ganzen Gewerkschaften in unaufhörliche Kämpfe stürzen, die sowohl den Zweck der Arbeitslosen-Unterstützung gegenstandslos machen, wie die Gewerkschaften selbst aufs Schwerste schädigen würden. Es hieße eine gesunde Entwicklung eintauschen gegen ein Projekt, für welches die Menschen und Dinge noch nicht reif sind. Eine Arbeitslosen-Unterstützung, welche die maßgebende Kontrolle der Gewerkschaften ausübt, ist entweder ein totgeborenes Kind oder ein wirksames Kampfmittel gegen die Gewerkschaften — „der freie Arbeitsvertrag hat dann tatsächlich für den Arbeitslosen aufgehört“, sagt Professor W. Schanz ganz richtig.

Aus keinen anderen Erwägungen sind auch von Fr. Imle die Zusatzanträge zur Resolution von

Ein gestellt und beschlossen worden, man ist sich in Gewerkschaftskreisen eben allenthalben klar, daß, wie der schweizerische Arbeitersekretär Greulich in seiner umfangreichen Schrift „Arbeitslosen-Unterstützung und Arbeitsnachweis“ ganz richtig sagt, „die Frage der Arbeitslosenversicherung die wichtigsten Probleme der wirtschaftlichen, der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung berührt und zwar in einem viel höherem Grade als die Krankenversicherung das tut“. Mit oder auf dieser die Arbeitslosenversicherung aufzubauen, wie es Tischenbörfers verantragt, ist für jeden praktischen Gewerkschaftler undenkbar, weil ein solcher sich nicht einen Augenblick darüber täuscht, wie grundverschieden und einander widersprechend beide Versicherungsarten sind. Daß der Antrag Tischenbörfers einige Zustimmung fand, mag auf der Tatsache beruhen, daß bei der Krankenversicherung bereits ein nationaler technischer Versicherungsapparat mit weitgehenden Verwaltungseinflüssen der Arbeiter besteht und daß es sich nur darum handeln könne, diesen Apparat bei Einführung der Arbeitslosenversicherung in Gang zu setzen. Schon die oberflächlichsten Differenzpunkte zwischen beiden Versicherungsarten lassen ein für alle mal das Tischenbörfersche Projekt als undurchführbar erscheinen. Nach reiflicher Prüfung kann vorläufig mit gutem Gewissen den Gewerkschaften nur empfohlen werden, sich auf den Boden der Stuttgarter Resolution (Seite 188 des Protokolls) zu stellen und insonderheit zu beherzigen, was nach dem Antrage von Fr. Imle im Absatz 5 beschlossen ist:

„Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften als Vorbedingung eines solchen Reichszuschusses die Einführung resp. den Ausbau der Arbeitslosen-Unterstützung, um auf diese Weise die einzig annehmbare versicherungstechnische und organisatorische Grundlage der Staatsubvention zu schaffen.“

Heute wäre es gewerkschaftlicher Selbstmord, umgekehrt zu verfahren, obwohl unbeschadet dessen das Ziel immer die staatliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter bleibt. Heute handelt es sich darum, das Wesen und die Bedeutung der Arbeitslosen-Unterstützung der Arbeiterschaft verständlicher zu machen, die Keime und Ansätze zu pflügen, Erfahrungen zu sammeln und gegenseitig zu verwerten, denn es wird eine unumstößliche Wahrheit bleiben, daß wir zu keiner staatlichen Arbeitslosenversicherung kommen können, ehe nicht die Gewerkschaften durch praktische Einrichtungen und dito Tätigkeit den Boden dafür geebnet haben. Für das ungeheure, oft grobe, oft aufs Feinste verästete Gebiet des Arbeitsmarktes in allen seinen nationalen Eigentümlichkeiten, in allen seinen Beziehungen auf bestehende und fortgesetzten Veränderungen unterworfenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die schon in einem und demselben Berufe tausenderlei verschiedene Gestalten zeigen, eine wirtschafts- und sozialpolitisch brauchbare öffentliche Arbeitslosen-Unterstützung zu schaffen, setzt neben dem guten Willen der Regierung und der freundigen (?) Mitarbeit der Unternehmer eine so minutiöse Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse voraus, die bei unseren Regierungsleuten und auch sonst an grünen Tischen nicht vorhanden ist, ob diese grünen Tische nun in einem Ministerhotel, in einem professoralen Beratungszimmer oder in dem Saale eines Parteitages stehen. „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten“, aber „grau, alter Freund, ist alle Theorie und grün bes Lebens goldner Baum!“ Auch wir sind mit dem Prinzip, „daß die Kosten der Arbeitslosigkeit ungeschmälert von der Gesellschaft, also vom Staate und vom Unternehmertume getragen werden“, sehr einverstanden, aber wie nun einmal die Dinge liegen, ist uns vorläufig der Sperling der subventionierten Gewerkschaft lieber als die Taube der staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung. Wir sind aber nicht verböhrt und so wenig auf die Stuttgarter Beschlüsse versteift, daß, wenn die Regierung uns etwas brauchbares mit einer staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung bietet, wir das Gebotene akzeptieren. Das kann sie aber noch lange nicht.

Man schelte uns nicht engherzig oder kurz-sichtig, wenn wir bei der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützung mit Staatsubvention außer acht lassen, daß etwa 90 Proz. aller Arbeiter davon nicht berührt werden, weil sie keiner Gewerkschaft angehören. In diesem Punkte müssen eben die Gewerkschaften einmal einen gesunden Egoismus walten lassen. Seit Jahrzehnten stehen die Gewerkschaften im Kampfe für allgemeine Arbeiterinteressen und ungefeuert sind die physischen und materiellen Opfer, die auch für diejenigen gebracht wurden, die niemals säen, aber stets ernten. Man kann von den Gewerkschaften, deren geschichtliche Mission noch auf eine unabsehbare Zukunft hinaus nicht erfüllt ist, nicht verlangen, zu gunsten des Indifferentismus auf jene wirtschaftspolitischen und taktischen Mittel zu verzichten, die doch einmal den Gewerkschaften die ihnen gebührende Stellung im Wirtschaftsleben Deutschlands sichern werden. Zu Gunsten der Moskener Anschauung auf den Grundgedanken der Stuttgarter Beschlüsse verzichten, wäre gleichbedeutend mit einer Konzession an den „Unverstand der Massen“ und hieße die Führung der Arbeiterbewegung vertrauensvoll in die Hände der Hintermänner „ordnungsliebender Arbeiter“ legen, während andererseits eine jedenfalls in Wälde zu erreichende Zahl von einer Million gewerkschaftlich organisierter Arbeiter einen bedeutenden Einfluß auf Staat und Gesellschaft und damit auch zu gunsten der unorganisierten Arbeiter auszuüben vermag. Auch darf nicht vergessen werden, daß die staatsubventionierte Arbeitslosen-Unterstützung der Gewerkschaften und die damit ausgedrückte Anerkennung derselben zwar nicht die Zwangsorganisation zur Folge haben, wohl aber eine größere Anzahl von Arbeitern zur Organisation drängen wird. So oder so: die Gewerkschaftsbewegung trägt in sich die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse. Nicht die breiten Massen der Indifferenten bestimmen diese Zukunft, sondern die Mühigkeit und Energie, die zielklaren, praktisch tätigen, starken und geistig hochentwickelten Gewerkschaften.

Es ist heute noch nicht die Zeit gekommen, bezüglich der geplanten Erweiterung der Arbeitslosen-Unterstützung in Detailfragen einzutreten, deren Kompliziertheit und tiefgehende Bedeutung für die Arbeitslosenversicherung selbst unsere Schwärmer für die Moxerkluft der öffentlichen Arbeitslosen-Unterstützung erstauern machen würden. Aber eine Frage ist noch zu beantworten, der zwar die Parteipresse näher getreten, die aber von den Gewerkschaften umgangen worden ist. Es ist die Frage: Unter welchen Voraussetzungen wird die Regierung die staatliche Anerkennung der Gewerkschaften aussprechen und geneigt sein, zu deren Arbeitslosen-Unterstützung Zuschüsse zu leisten? Hier stehen die Gewerkschaften am Scheidewege des Scheiterns. Die Gewerkschaften werden auf die Staatsubvention verzichten oder in Bezug auf eine prinzipielle parteipolitische Neutralität weitgehende Konzessionen machen müssen. Konzessionen, die niemand verlangen wird, die aber in der Tendenz, in der ganzen Tätigkeit der Gewerkschaften zum Ausdruck kommen müssen. Kann man sich hierzu nicht verstehen, ist es schade um jedes Wort und jeden Federstrich, den man bezüglich eines Reichszuschusses an die Gewerkschaften noch verschwendet, denn ohne diese Voraussetzungen bleibt der Reichszuschuß eine Utopie. Wenn der Gedanke weiterhin noch stillschweigende Billigung und Danachachtung in den Gewerkschaften findet: „Die Führer der Gewerkschaften müssen überzeugte Sozialdemokraten sein!“ wäre es doch wirklich besser, man würde das Zwangsarbeitshaus der öffentlichen Arbeitslosen-Unterstützung zu fordern der Sozialdemokratie überlassen und verzichtete für die Gewerkschaften auf die Propagierung einer Staatsubvention, denn, wir wiederholen unsere Münchener Worte, „Waffen zu seiner eignen Vernichtung zu schmieden, kann man niemand zumuten“.

Wie die Dinge aber auch kommen mögen, in der Gegenwart muß jeder Gewerkschafter ein

entschiedener Gegner der öffentlichen Arbeitslosen-Unterstützung, dieser verschleierten Armen-Unterstützung, sein. Dann mag es lieber so bleiben, wie es heute ist, zudem ja im günstigsten Falle auch die Staatsubvention noch einige Jahre auf sich warten lassen würde. Vergessen wir niemals, daß es die Selbständigkeit, das Selbstbewußtsein und die Selbsthilfe des Arbeiters zu wecken gilt, daß wir diese Eigenschaften nicht noch mehr ersticken dürfen als es heute der Kapitalismus schon getan, vergessen wir nicht, daß die Parole der modernen Zeit Organisation heißt und daß nur durch die Organisation der Arbeiter deren wirtschaftliche und politische Freiheit erobert werden kann. Große, starke, mächtige deutsche Gewerkschaftsorganisationen werden dereinst nicht nur die Haltung der Regierung in der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung bestimmen, sondern hinüberführen zu den Zielen der Arbeiterbewegung überhaupt. Für die Gewerkschaften ist aber die Frage heute so gestellt: Wollen wir unter Ausschließung von Fragen, die über eine absehbare Zukunft hinausreichen, uns prinzipiell auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen und unbekümmert um rechts oder links unsern geraden Weg gehen, oder soll auch bei den Gewerkschaften der Zickzackkurs zur dauernden Institution und zum ständigen Programme werden? Hic Rodus, hic salta!

Erwiderung.

In Nr. 115 des Correspondenten befindet sich eine Korrespondenz des Herrn August Wlitzig, in welcher dieser Herr seinen bis jetzt gelieferten „Anzeigungen“ die Krone aufsetzt. Es tut mir wirklich sehr leid, den so folger gewordenen Raum des Corr. in einer so rein persönlichen Angelegenheit in Anspruch nehmen zu müssen. — Herr Wl. läßt mich in meinen Ausführungen über die Ferienangelegenheit sagen, die Kollegen des Staatsanzeigers sollten sich schämen usw. Ich sagte aber: Ich würde mich schämen usw. Also hier begehrt Herr Wl. eine Erklärung, auf welcher er alsdann seine ganz unqualifizierbaren Angriffe gegen meine Person aufbaut. — Nun glaubt er seinen Haupttrumpf gegen mich auszuspielen zu sollen, mit welchem er sich dafür rächen will, daß ich ihm den „bummen August“ an den Kopf geworfen habe, den er sich voriges Jahr selbst zugelegt hat. Es wird mir bei Darlegung dieser „Zirkulargeschichte“ wahrlich nicht leicht, den Unfand zu bewahren, den man im allgemeinen unter Kollegen voraussetzen sollte, den aber Herr Wl. von meiner Seite nicht mehr beanspruchen kann; wenn ich hier im Corr. trotzdem solchen grundlosen Ererbischnereien gegenüber die Ruhe bewahre, die mir allerdings mein gutes Gewissen verschafft, so mag Herr Wl. dieses auch noch dem Umstande zuschreiben, daß er mich durch seine Behandlung dieser Angelegenheit in den Stand versetzt, ihn in die Grube hinabzulassen, die er in so leichtfertiger Weise für mich gegraben hatte. — Nicht im Gewerkschaftshause, Herr Wl., wo „Einige“ nach der betrachteten Versammlung die „Köpfe zusammenstecken“, wurde über das bekannte Zirkular beratschlagt, sondern die auf demselben mitunterzeichneten zwei Kollegen und ich sind die alleinigen Urheber desselben; von den „Einigen“ waren wir drei die letzten, welche vom Wären weggingen und auf dem Wege nach Hause nun entschlossen wir uns, ein Zirkular herauszugeben. Als das Manuskript fertig war, holten wir bei einer ganzen Reihe von Kollegen deren Einverständnis ein. — Also Beweise, Herr Wl., für Ihre grundlose Behauptung! — In das gleiche Nichts zerfällt die weitere Behauptung, daß wir der Gaukasse dieses Zirkular aufgehakt hätten, das Gegenteil ist der Fall; der Gauvorstand halfte sich die Kosten selbst auf. — Als wir den Vertrauensmann Feuerstein am Freitag nach der vertriehenen Versammlung von unsrer Absicht, ein Zirkular herauszugeben, in Kenntnis setzten, erklärte derselbe, daß er es für selbstverständlich halte, daß die Verwaltung die Kosten dieses im allgemeinen Vereinsinteresse gelegenen Zirkulars übernehme. Nicht um eine „persönliche Ehrenrettung“ einiger Delegierten war es zu tun, sondern lediglich um das Vereinsinteresse. Das Zirkular, Herr Wl., wäre auch erschienen, wenn der Gauvorstand die Kosten nicht übernommen hätte. — Unfre Handlungsweise in dieser Angelegenheit übergeben wir ruhig der nächsten Mitgliederversammlung zur Beurteilung. Dem Herrn Wl. mit seinen „bekannten Eigenschaften“ kann ich allerdings nicht zumuten, einen Unterschied zwischen meinem „Falle“ und seiner „bekannten Ferienangelegenheit“ zu machen. Herr Wl. mit seiner in „allen Fächern“ an den Tag gelegten Altruismusweise hat allerdings keine blasse Ahnung davon, was für Opfer ich seit Jahrzehnten schon für meine „Gefühle“ bringe, es widerstrebt mir aber, über das, was ich „freiwillig“ tue, viel Aufhebens zu machen. Was sich dieser offenbar an Größenwahn leidende und in „allen Fächern tüchtige“ Herr sonst noch mir gegenüber erlaubt, schenke ich ihm hier im Corr. persönlich habe ich ihm ja schon gesagt, daß ich in jeder

Beziehung ein reines Bruststück habe und er solle durch mich in der nächsten Mitgliederversammlung erfahren, was Leuten gehört, die anderen Kollegen ganz grundlos und leichtfertigerweise die Ehre abzuschnitten trachten, denn die Referate, die ich mir hier im Corr. auferlegt habe, werde ich dort wesentlich modifizieren. Stuttgart. Wilhelm Kayser.

Rumbschau.

Die absonderliche Stellungnahme des Vorstandes der Handwerkskammer in Weimar gegenüber der Eingabe unsern Tarif-Amtes betreffs der Lehrlingsfrage hat der Corr. in einem besondern Artikel (in Nr. 108) gebührend gewürdigt. Wir tragen ergänzend den inzwischen regierungsseitig genehmigten Beschluß nach, welchen die gedachte Kammer am 12. Juni 1901 faßte: „Ohne irgend einem Gewerbe eine Ausnahmebestimmung einzuräumen, ist jeder Meister, welcher keine oder bis zu drei Gesellen beschäftigt, berechtigt, drei Lehrlinge auf einmal zu halten und anzuleiten. Für je drei angefangene Gesellen ist ihm ein weiterer Lehrling zugubilligt.“ Wie hieraus zu ersehen, ist der Beschluß noch schlimmer als in dem angeführten Artikel des Corr. angenommen war. Es war dort gesagt, daß wenigstens ein Gehilfe neben drei Lehrlingen vorhanden sein müsse, hier jedoch wird, daß es eines Gehilfen überhaupt nicht bedarf, um drei Lehrlinge halten zu können. Dieser Beschluß legt davon Zeugnis ab, daß die „Hebung des Handwerks“ bei gewissen Leuten eine Phrase ist. Das Gesetz wird vielmehr dazu gemißbraucht, einigen „Meistern“, welche diesen Titel wohl nur in den seltensten Fällen verdienen, persönliche Vorteile zu sichern. Gegen solchen Mißbrauch muß aber mit allen irdigen zulässigen Mitteln Front gemacht werden.

Die A.-G. E. Mühlthalers Buch- und Kunstbuckerei und die Firma Franz Humar, Buch- und Steindruckerei, beide in München, betrachteten sich als Fabrikbetriebe und verweigerten demzufolge ihre Einbeziehung in die Oberbayerische Buchdrucker-Zwangsinnung, wogegen letztere Einspruch erhob. Der Streit hat über zwei Jahre gedauert. Zunächst entschied die Regierung von Oberbayern, gestützt auf ein Gutachten des Fabrikinspektors, gegen die Innung. Diese wandte sich an das Ministerium. Es wurde nun die Oberbayerische Handwerkskammer gehört, welche sich für die Beitrittspflicht der beiden Firmen erklärte und daraufhin gelangte denn auch die Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, zu der Ueberszeugung, daß die genannten Firmen der Innung beigetreten hätten, da sie nicht fabriks-, sondern handwerksmäßig betrieben würden. Als Gründe für diesen Entscheid werden angeführt, daß die Mehrzahl der Arbeiter gelernte Arbeiter sind, deren Ausbildung in den anerkannt handwerksmäßigen Betrieben erfolgt, daß die Produktion, mit wenigen Ausnahmen, sich auf feste Bestellung stütze, eine schablonenhafte Massenproduktion für den Handel also ausgeschlossen sei, und daß von einer Arbeitsteilung, die eine rein mechanische Tätigkeit der Arbeiter bedingen würde, keine Rede sein könne. Unter solchen Umständen komme die Ausbehnung des Geschäftes überhaupt nicht in Betracht.

Wir nahmen in Nr. 116 davon Notiz, daß der Inhaber des Buchdruckerbetriebs in Warburg, Konrad Müller, sich ins Privatleben zurückgezogen habe. Es wird uns nun mitgeteilt, daß derselbe am 8. Oktober im Alter von 55 Jahren gestorben ist.

Preßprozesse. Der Leipziger General-Anzeiger kritisiert die f. Z. erfolgte Ernennung des Reichstags-Abgeordneten Dr. Schmidt zum Rittmeister und zog sich dadurch eine Unlage wegen Majestätsbeleidigung zu. Zwei Monate Festungshaft — die geringste zulässige Strafe für solche Fälle — wurden dem Redakteur Arthur Pleißner für diese Betätigung seiner monarchischen Gesinnung, welsch letztere er vor Gericht durch Zeugen besonders feststellen ließ, zu teil. — Die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung in Dortmund und behauptete von einem Amtssekretär, er habe einem Polizisten geboten, einen arbeitslosen Kranken Bergmann, der wegen Armen-Unterstützung vorprach, zu schlagen. Der Sekretär will aber nur gesagt haben, dem Bergmann könne eine Tracht Prügel nicht schaden und der Polizist will denselben nur gestopfen haben. Zwischen den beiden Behauptungen ist zwar der Unterschied nicht groß, aber 300 Mk. Geldstrafe fielen doch dem Redakteur zu Lasten.

In Hamburg fand die neunte Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen statt. Es waren 111 Kassen durch 184 Delegierte vertreten. Nach Erstattung des Geschäftsberichtes und kurzer Diskussion hierüber sprach Dr. Paul Schenk-Berlin über Alkohol und Krankenkassen und stellte eine Reihe von Thesen auf. An Stelle dieser Thesen begnügte man sich jedoch mit einer kurzgefaßten Resolution, welche die Bekämpfung des Alkoholmißbrauches als eine wichtige Aufgabe der Kassenverwaltungen und der Kassenräte erklärt. Sodann wurde mit Bebauern zur Kenntnis genommen, daß die Bemühungen beim Reichsamt des Innern um Veranstaltung einer Krankheitsstatistik erfolglos geblieben sind. Ueber Fürsorge für Erholungsbedürftige referierte Dr. Klumker-Frankfurt a. M. Die sieben von dem Referenten aufgestellten Leitsätze, eine Menge rationaler Ratschläge über diese Art Fürsorge enthaltend, fanden die Anerkennung der Versammlung, jedoch wurde per Resolution hinzugesetzt, daß der weitere Ausbau der Rekonvaleszentenpflege nur möglich sei auf Grund einer Zentralisation der Krankenkassen-Einrichtungen am Orte und durch

die Gründung von Kassenverbänden über den Bezirk der Aufsichtsbehörde. Der nächste Gegenstand der Tagesordnung lautete: Arbeitslosenversicherung und Krankenkassen. Das Referat hatte Prof. Stieda-Leipzig übernommen. Derselbe bezeugte zwar die Arbeitslosenversicherung als wünschenswert, nahm aber in seinen Thesen betreffs der Durchführung derselben eine ziemlich pessimistische Stellung ein. Dies hatte eine rege Debatte und die Einreichung von acht Resolutionen zur Folge. Die Sichtung derselben wurde einer Kommission übertragen. Die Urträge zur Revision des Krankenkassengesetzes wurden von der Tagesordnung abgesetzt, da von zuständigster Seite bekannt geworden, daß in den nächsten zwei Jahren die Novelle zum Krankenkassengesetz nicht an den Reichstag gelangen werde. Danach wird ein Antrag der Ortskrankenkasse der Kaufleute Berlins, den Ortskrankenkassen die regelmäßige Vornahme von Ermittlungen der Wohnverhältnisse ihrer erkrankten Mitglieder dringend zu empfehlen, angenommen, desgleichen eine Resolution, die ausspricht, daß der Ausbreitung der Volkskrankheiten am zweckmäßigsten durch die Feststellung und Beseitigung der Wohnungsmißstände vorgebeugt werden kann und von den Krankenkassen fordert, daß sie die Mißstände zur Kenntnis der Behörden zu bringen haben und auf die Ausarbeitung eines Reichswohnungsgesetzes dringen müssen. (Schluß folgt.)

Der Verband süddeutscher Konsumvereine, 96 Einzelvereine umfassend, hat seinen Austritt aus dem (Crügerischen) Allgemeinen Genossenschaftsverbande beschloffen.

Die Arbeiterbildungsschule in Berlin beginnt am 13. Oktober ihr viertes Quartal. Der Lehrplan ist der folgende: Ueber Gold und Währung (Schriftsteller Gg. Bernhardt), Entwicklung des Weltalls und das soziale Leben der Tiere (Schriftsteller Dr. Rud. Steiner), Uebungen in Rede und Schrift (derselbe), Geschichte des Sozialismus (Schriftsteller Max Schütte). Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende. Mitgliedsbeitrag 25 Pf. monatlich. Unterrichtsgeld für jeden Kursus 1 Mk. Anmeldungen im Schullotale (Gewerkschaftshaus, Engelauer 15).

In Schneeberg wurde vom Rate und den Stadtverordneten beschloffen, den bisher der Fleischer-Zinnung gehörigen Schlachthof in die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Die Zinnung wehrt sich natürlich dagegen, aber es wird ihr nichts helfen, da der mit der Zinnung abgeschlossene Vertrag eine solche Maßnahme zuläßt.

In Glauchau ist der Unterricht in der Fortbildungsschule mit Beginn des Wintersemesters in die Tagesstunden verlegt worden. Eine sehr nachahmenswerte Maßregel. Nach geschnittener, ohnehin ungewohnter Arbeit ist der jugendliche Arbeiter ganz außer Stande, noch geistig tätig zu sein, es versteht daher die Fortbildungsschule ihren Zweck.

Der deutsche Medizinbeamtenverein, dessen erste Hauptversammlung in München stattfand, beschäftigte sich mit der Wohnungsfrage vom Standpunkte der Gesundheitspflege. Die vom Medizinalrate Dr. Faunmüller aufgestellten Leitsätze stellen vor allem die notwendige Mitwirkung der beamteten Ärzte bei allen die Wohnungsfrage berührenden Maßnahmen der Gemeinden fest. Auch sollen in allen Gemeinden unter 5000 Einwohnern Gesundheitskommissionen, in den übrigen Wohnungsinspektoren eingesetzt werden.

Bei Vergebung der Schreinerarbeiten für einen Erweiterungsbaue des Polizeigebäudes in München auf dem Wege der Submission lautete das Höchstangebot auf 8981,20 Mk., während eine Firma die Arbeiten für 4152,10 Mk. liefern wollte — also unter der Hälfte!

Ausfälle. Die Einigung der Bauglaser in Berlin (siehe Nr. 117) ist durch Verammlungsbeschluß wieder außer Kraft gesetzt worden. Gegenstand des Anstosses war der vorgeschlagene Staffeltarif. Von den Blei- und Messinggläsern und Glasmalern, deren Streik sechs Wochen dauert, ist noch 120 ausständig und 45 abgesetzt. Die Unternehmer fordern bedingungslos Unterwerfung. Der Streik der Kartonnarbeiter der Firma Wepler in Berlin endete nach vierwöchiger Dauer durch Vergleich. Der zu gunsten der ausständigen Kollegen am Anhalter Bahnhof geplante Generalfreistreich der Holzkuttler wurde von einer Versammlung derselben abgelehnt. Der Schneiderstreik in Rempten wurde durch Vermittelung des Fabrik-Inspektors Wäpfler-Augsburg beigelegt. Im Schumannschen Hammerwerke in Neuforg in Fichtelgebirge brach ein Streik aus. Desgleichen in Lindenthal bei Köln in den dortigen Metallwerken. Am letztern sind 400 Mann beteiligt. Verschiedenerlei Mißstände sind die Ursache desselben.

Der Zustand der Straßenther in Genf ist nicht beendet, wie in voriger Nummer mitgeteilt, vielmehr haben die organisierten Arbeiter zur Unterstützung der ausständigen den Generalfreistreich beschlossen. Auch das Nationalkomitee der französischen Grubenarbeiter beschloß den Generalfreistreich trotz der Bemühungen der Regierung, einen solchen allgemeinen Ausstand zu verhindern. Die Grubenmagnaten lehnten es ab, mit den Arbeitern zu verhandeln, es blieb sonach nur das Ultimatum übrig. In Como (Italien) brach ein neuer Weberstreik aus. Im Auslande befinden sich 2100 Personen. In Gubbio (Umbrien) streifen mehrere tausend Landarbeiter.

Gestorben.

In Leipzig am 1. Oktober der Drucker G. Otto Krüger aus Leipzig, 25 Jahre alt — Augenleiden. In Nagyhantiza (Ungarn) am 30. September der Sezer Reinhold Moriz, 20 Jahre alt.

In Regensburg am 3. Oktober der Drucker Bartholomäus Kuhnurm, 48 Jahre alt.
In Stuttgart am 30. September Friedr. Schmidt aus Schnelldorf, 43 Jahre alt.

Briefkasten.

A. W. und Gen., Koburg: Wir haben Ihr Schreiben dem betreffenden Reisefassverwalter überandt, da es ja nur diesen angeht und den Umweg über den Corr. zu nehmen überflüssig ist. — **St. in Breslau:** 1,50 Mk. Verichtigung. In dem Artikel „Der Wahrheit die Ehre“ in Nr. 117 des Corr., 2. Seite, 2. Spalte, Zeile 26 von unten muß es früher statt später heißen.

Verbandsnachrichten.

Erzgebirge-Vogtland. Mitglieder, welche in den Druckereien J. Schmidt-Markneukirchen und Günther (Zuh. J. Schmidt-Markneukirchen) in Plauen konditionieren, stehen außer § 2.

Gau Hofen. Infolge der Ueberiedelung des Gauvorsitzenden G. E. Warich von Bromberg nach Dessau übernimmt der bisherige Stellvertreter Otto Eggert, Bromberg, Schwedenbergstraße 106, die Leitung der Gaugeschäfte.

Bezirk Meisse. Der Bezirksvorstand setzt sich für das laufende Jahr wie folgt zusammen: Gg. Woywod, Zollstraße 46, III, Vorsitzender; G. Pfändt, Breslaustraße 5/6, Kassierer; M. Kunisch, Schriftführer; M. Gebauer und F. Zoppich, Revisoren.

Bezirk Hagen. Die vierte diesjährige Bezirksversammlung findet am 9. November in Reheim statt. Anträge sind bis zum 2. Oktober bei dem Vorsitzenden Louis Lorenz in Hagen i. W., Fleyerweg 1c, einzureichen. — Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

Bezirk Glogau. Die diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 2. November, vormittags 11 Uhr, in Glogau statt. Anträge zu derselben sind bis zum 25. Oktober an den Vorsitzenden G. Piescher,

Kaulestraße 83, III, einzureichen. Tagesordnung geht den Mitgliedern zu.

Stettin. Zum 1. Vorstehenden wurde an Stelle des zurückgetretenen Kollegen Fr. Krämer Kollege Wilhelm Riesebeck, Kaiser Wilhelmstraße 9, linker Seitenflügel I, gewählt.

Varrel i. O. An Stelle des bisherigen Vorstehenden Awe wurde Kollege Balkie, Schillingstr. 19, gewählt.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Gießen. Für den Seiger Richard Scherke aus Ostrow liegt ein Konditionsangebot aus Solingen beim hiesigen Reisefassverwalter.

Stettin. Beim hiesigen Verwalter liegt für den Kollegen Georg Käppler eine Karte aus Berlin von Gustav Busse.

Verein der Buchdr. u. Schriftgießer Ungarns. Vom 1. September ab ist ganz Ungarn für die aus dem Auslande zureisenden Kollegen gesperrt.

Das ganze Jahr

vollbeschäftigte süddeutsche Druckerei mit Buchbinderlei kann von tüchtigem Fachmann unter günstigen Bedingungen übernommen werden. Erf. Kapital 40—50000 Mk. Hohe Rendite nachweisbar. Näheres unter D. 5588 durch Haasenstein & Vogler, A.-G., Stuttgart. [770]

Schweizerberg, unverh., kann ff. Druck. im Vororte v. Gumburg m. 800 Mk. bar sof. überm. W. Off. u. Nr. 766 an d. Geschäftsst. d. Bl. erb. [770]

Bei hoher Vergütung suche an jedem Orte Herren, welche den Vertrieb hochgelegener Neuheiten (ganz vorzügliche Weichnachtsartikel) nebenbei übernehmen. — Provisette gratis. [714] **Herm. Wolf,** Zwickau i. S., Wäckerstraße.

Erster Accidenzsetzer

evang., der im Entwurfe moderner Arbeiten bewandert ist, bei guter Bezahlung zu baldigem Eintritte gesucht. Solche, die im Weichnachte erfassen, werden bevorzugt. Stellung angenehm und dauernd. Werte Offerten mit Sachproben und Zeugnisabschr. unter Nr. 715 durch die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Für unsere galvanoplastische Anstalt suchen wir sofort einen tüchtigen

Galvanoplastiker

welcher der Abteilung selbständig vorstehen kann. Es wird nur auf eine tüchtige, nuchterne, energische erste Kraft reflektiert, welche auf der Höhe der Zeit steht. [762] **A. Umrich & Co.,** Schriftgießerei Leipzig-Neudorf.

Geschäftsgewandter, mit allen fachtechnischen Kenntnissen, Kalkulation, Korrektur u. Verichtserklärung vertrauter Setzer sucht vor sofort oder später im Werk- oder Zeitungsbetriebe Kondition als

erster oder zweiter Faktor

Beste Referenzen. Werte Zuschriften unter „Redivivus 20“, Berlin, Postamt 86, erb. [757]

Junger, tüchtiger

Accidenzsetzer

wünscht sich zu verändern. Werte Angebote mit Gehaltsangabe erb. an **Willy Schneider,** Düren (Rhd.), Alteiltelstraße 46. [766]

Tüchtiger und korrekter

Setzer

sucht sofort dauernde Kondition. Werte Off. erbeten an **A. Gottlöber,** Chemnitz, Thastr. 13, I. [755]

Zwei tüchtige

Linotypesetzer

mit dem Mechanismus der Maschine durchaus vertraut, suchen per 28. Oktober Kondition. Werte Offerten erbeten an **Otto Schmickel,** München, Reumühlerstr. 8, IV, links. [768]

Mehrere tüchtige

Typographsetzer

erste Kräfte, zwei bis vierjährige Praxis, für Werk- und Zeitungsarb., mit dem Mechanismus vertraut, zurzeit in größter Gehaltsmaschinen-Anstalt Deutschlands beschäftigt, wünschen sich alsbald zu verändern. Werte Offerten unter „Typo 765“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Setzer

in allen Gattungen bewandert, sucht sofort tarifmäßige Kondition. Werte Offerten erb. an **H. Vorwerk,** Luckenwalde, Fütterbogerstr.

Amsonst, „Offertenblatt f. d. ges. Druckindustrie“ Graph. Anzeiger, Halle a. S.

Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker

Berlins und Umgegend.

Sonntag den 19. Oktober in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57:

Zehntes Stiftungsfest

verbunden mit Konzert und Theateraufführung nebst anschließendem Tanzkränzchen. Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung präzis 7 Uhr. Billets (einschl. Tanz 50 Pf.) sind bei sämtlichen Mitgliedern sowie im Arbeitsnachweise bei Schulz, Prinzalbrechtstraße Nr. 3, zu haben. Die Vergnügungs-Kommission. [689]

Typographia Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonntag den 26. Oktober in Louis Kellers Festhölle, Koppenstraße 29:

Konzert

unter Mitwirkung der Altistin Jenny Alexander und des Violinvirtuosen Alfred Wittenberg. Anfang präzis 6 1/2 Uhr. — Eintritt 40 Pf., an der Kasse 50 Pf. Billets sind freitags in den Arminkhallen, bei den Vereinsboten, im Vereinsbureau sowie bei den aktiven Mitgliedern zu haben. Nach dem Konzerte: Tanz.

Sonntag den 19. Oktober, vormittags 11 Uhr, in den Arminkhallen, Kommandantenstraße 20:

Generalversammlung.

Tagesordnung: Rechenschaftsbericht; Vereinsmitteilungen; Statutenberatung; Vorstandswahl; Verschickenes. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Uebungsstunden: Freitag den 17., Sonntag den 19., vormittags 9 1/2 Uhr, Freitag den 24. Oktober.

Frankfurt a. Main.

Dienstag den 14. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine

Mitgliederversammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftliche Mitteilungen; 2. Bericht des Delegierten über seine Tätigkeit im Ausschusse für Volksvorlesungen; 3. Ausschluss von Mitgliedern; 4. Verschickenes. Alle Kollegen des Bezirks sind zu zahlreichem Besuche freundlichst eingeladen. Der Vorstand. [764]

Typographische Gesellschaft, Hamburg.

Mittwoch den 15. Oktober

Beginn der Uebungen im Plattenschnitte.

Hermann Sachse, Fachgeschäft für Buchdruckereien,

Kravatten-Nadeln. • Fünffarbige Bänder. • Buchdruckerbrochen.			
Zurichtescheren, Anlegemarken.	Winkelhaken, Setzlinien aus Stahl und Neusilber.	Ahlen, Pinzetten, Zurichtemesser.	Gutenberg-Porträt, Dreifarbenruck, 3 und 5,50 Mk.
Büsen, 2,55 bis 3,65 Mk.	Halle a. S. Fach-Fach-gesch.	Bierkrüge u. Schmittgläser.	Zigarrenkiste mit Musik.
Schutzanzüge.	Meerscham-pfeifen und -Spitzen.	Schnitzer und Tonplattenmesser.	Buchdruckerwappen (fünffarbig), 3 Mk. und 5,50 Mk.
Schnupftabakdosen. Zigarrentaschen. Berloque. Manschettenknöpfe.			

Halle (Saale), Ludwig Wuchererstrasse 28.

Junger, tüchtiger Setzer

im Zeitungs-, Werk-, Annoncen-, Tabellen- und Accidenzsetze bewandert, sucht sofort Stellung. Werte Offerten erbeten an **P. Spreerberg,** Soldin (A.-M.). [760]

Tüchtiger Setzer

sucht sofort dauernde Kondition. Werte Off. erb. an **F. Reichstein,** Cunnersdorf (Niedl.). [760]

Junger, flotter Setzer für Werk, Zeitung, Zinckarte u. Accidenz, sucht sofort dauernde Kond. Werte Offerten an **H. Zügner,** Wienburg a. S., erbeten. [761]

Junger Maschinenmeister (militär.) f. Zeitung u. Accidenz, in Schnellpresse, Was- u. elektr. Motor vollständig vers. sucht Kond. Norddeutschl. bevorzugt. W. Off. erb. **J. Wollesen,** Flensburg, Gartenstr. 7.

Technikum für Buchdrucker

Kurie für jüngere Gehilfen, welche sich zum Faktor oder Accidenzsetzer ausbilden wollen. Prospekte gratis. Leipzig, Senefelder-Str. 15.

Schriftgiesserei

J. J. Trennert & Sohn

Altona-Hamburg
Kompl. Buchdruckerei-Einrichtungen jeglichen Umfanges.
Exakte Lieferung. Reichhaltige Auswahl. Kostenschläge u. Proben stets gern zu Diensten.

Sämtl. Buchdruckerartikel

auch Blusen und blaue Schutzanzüge bezieht man gut und billig durch das **Graph. Versandhaus, Th. Leibius,** Stuttgart, Calwerstr. 52. Illustr. Preisliste gratis und franko.

Tabakarbeiter-Genossenschaft

Hamburg 6.
120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis 170 Mk. pro Mille. — Hochfeine Qualitäten in Vorsteland-, Sumatra-, Brasil-, Mexiko-, Manila- und Havana-Zigarren. [591] Preislisten stehen zur Verfügung.

Gera. Heute, Sonnabend, 1/2 9 Uhr abds. **Außerordentliche General-Versammlung.** Eventuelle Beitragserhöhung. Verfassungsveränderung. Der Vorstand. [763]

Für die mir anlässlich meines fünfzigjährigen Berufs Jubiläums von nah und fern so zahlreich zugegangenen Beweise der Liebe und Freundschaft sage ich allen Kollegen herzlichsten Dank. **Breslau. W. Standke.** [761]

Für die uns aus Anlaß unserer silbernen Hochzeit aus Freunds- und Kollegenkreise so zahlreich zugegangenen Glückwünsche sagen wir allen, die unsrer an diesem Tage freundlichst gedacht, auf diesem Wege unsere herzlichsten Dank. **Berlin. Ch. Guth und Frau.** [762]

Der Drucker **Wih. Kessler** aus Bruchwitz (Spth. 43320 [1136 Dberh.]), welcher 10 Mt. u. d. Setzer **Max Blümke** aus Neu-Ruppin (Spth. 22076 [2394 Berth.]), welcher 12 Mt. beim Verlegerswirts **Jos. Fißh,** Eriar, auf ihre Vergütung entnommen u. bis jetzt nicht eingek. haben, w. geb., die Beträge an den Verwalter **Alfons, Eriar,** Weberbachstr. 35, zu senden.

Richard Härtel, Leipzig-R.
Kohlgartenstrasse 48
Buchhandlung und Antiquariat
lietert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko-Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.